Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

19.08.1986 - Drucksache 11/691

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/691
19. 08. 86

Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRÜNEN

Flüchtlings- und Asylpolitik in der Bundesrepublik und in Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft wendet sich mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verschärfung des Asylrechts und der Praxis der Behandlung der Asylbewerber.

Insbesondere mißbilligt sie die jüngst gemachten Vorschläge zur Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes und zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes. Gerade jetzt muß sich das Ausländergrundrecht auf Asyl bewähren.

2. Es erscheint ungerechtfertigt und unverantwortlich, von Asylantenschwemme oder angeblicher Überfremdung zu reden, wenn die Zahl der hier lebenden Flüchtlinge höchstens ein Prozent der Bevölkerung erreicht. Derartige Äußerungen und eine Politik der Abschreckung von Flüchtlingen ist geeignet, ein Klima von Fremdenfeindlichkeit zu begünstigen.

3. Die herrschende Wirtschaftsordnung sowie Überreste des Kolonialismus haben dazu beigetragen, daß viele Länder der Dritten Welt in Abhängigkeit zu reichen Wirtschaftsmächten gerieten. Dabei geht wirtschaftliche und politische Abhängigkeit häufig einher mit Hunger, wirtschaftlicher Not, diktatorischen Regimes und Mißachtung elementarer Menschenrechte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Menschen aus solchen Verhältnissen in die Bundesrepublik als einem der reichsten Länder der Erde, das von diesen Verhältnissen noch viel zu häufig profitiert, fliehen. Erst die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wird für viele Menschen den Grund zur Flucht beseitigen können.

4. In der Art und Weise, wie Flüchtlinge und Asylbewerber in unserem Lande aufgenommen werden, sieht die Bürgerschaft ein wesentliches Anzeichen für den Grad der geschichtlichen, humanitären und demokratischen Verantwortung, zu dem sich die Bundesrepublik bekennt. Sie hält es für ihre Aufgabe, durch ihre Politik und die Politik des Senats die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung für verfolgte und in Not geratene Flüchtlinge zu fördern und jeder Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

Die Bürgerschaft begrüßt deshalb alle Initiativen zur praktischen Solidarität und Hilfestellung für die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Sie appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger, den Flüchtlingen mit Verständnis und Toleranz zu begegnen und sie erwartet vom Senat, daß die ihm nachgeordneten Behörden in diesem Sinne tätig werden.

Helmke und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen